



Dr. Wulf Haack ist Landesgeschäftsführer des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes

Stromausfälle vorprogrammiert?

Das Stromnetz – der Flaschenhals des neuen Energiezeitalters

Von Dr. Wulf Haack

Der Eklat über die gescheiterte Netzstudie (dena) der Deutschen Energieagentur (FAZ vom 16. Januar 2005 „Stromnetz kaum auf Ausbau der Windenergie vorbereitet“) hat Probleme in der Energieversorgung offen gelegt, die für die nationale Wirtschaft von existentieller Bedeutung sind. Und dabei geht es keineswegs nur um das erklärte Ziel der Politik, ab 2020 etwa 20 Prozent des Stroms durch Windkraft auf hoher See zu erzeugen.

Nordsee-Windkraft erfordert Stromtrassen

Die für die Nordsee-Windkraft erforderlichen Stromtrassen an Land standen bislang im Windschatten der bundesweiten Diskussion, was sich mit dem dena-Eklat geändert haben dürfte. Denn zwischen dem Glauben an die Chancen der Nordsee-Windkraft und der Realität steht unter anderem schon in der ersten Realisierungsstufe bis 2015 der Bau von fast 1 000 Kilometer (380 KV) Hochspannungstrassen. Im Endausbau 2020 dürfte es sich dann um bundesweit mehrere tausend Trassenkilometer handeln, die von der Nordseeküste aus ihren Weg zu den Wirtschaftszentren suchen.

Die mit einer Höhe von 60 Metern und einem 70 Meter breiten Schutzstreifen unübersehbaren Trassen

dürften gegen den Willen der Bevölkerung kaum durchsetzbar sein. Der dena-Eklat hat das Stromnetz als Flaschenhals des neuen Energiezeitalters offengelegt; eine Nachricht, die Eingeweihte keineswegs überraschen konnte. Aber das ist nur der kleinere Teil der ganzen Wahrheit. Hinter dem Eklat steht weit mehr, nämlich die für den Wirtschaftsstandort Deutschland existentielle Frage: Wie steht es um die Sicherheit der nationalen Energieversorgung in Deutschland? Können Stromausfälle ab 2020 noch ausgeschlossen werden?

Für die nationale Energiepolitik ist 2020 das Jahr der Wahrheit. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen in Deutschland für abgängige konventionelle Kraftwerke und als Ersatz für die Kernkraftwerke etwa 70 neue große Kraftwerke gebaut werden. Bei einer nach Angaben des Umweltbundesamts (UBA) erforderlichen Planungs- und Bauzeit von zehn bis 15 Jahren wäre spätestens im Jahr 2005 der Startschuss für ein umfangreiches nationales Kraftwerkneubauprogramm zu erwarten. Aber nichts im Lande deutet auf Planungen für neue Kraftwerkstandorte hin, die einem Bauboom zwingend vorausgehen müssen. Die Stromlücke ist damit vorprogrammiert. Deshalb müssen in Deutschland nicht zwingend Stromausfälle ab 2020 einkalkuliert werden. Denn in den europäischen Nachbarländern steht reichlich Strom, unter anderem aus Kernenergie bereit, der jede Lücke füllen kann.

Bis zum Jahr 2020 sollen etwa 20 Prozent des Stroms durch Windkraft auf hoher See erzeugt werden



Foto: AMEC Border Wind

Streit um zukünftigen Strombedarf

Kein Startschuss für den Neubau von Kraftwerken, aber ein Warnschuss von höchster Brisanz kam von der „Enquete-Kommission Nachhaltige Energieversorgung“. Danach steigt der Strombedarf bis 2020 um 14 Prozent, während das UBA für diesen Zeitraum einen Rückgang des Strombedarfs um zwölf Prozent prognostiziert. Eine Differenz von 26 Prozent im Streit zwischen Politik (UBA) und Experten in einer zentralen Frage des Wirtschaftsstandortes Deutschland – eine geradezu unerträgliche Situation. Angesichts eines jährlich kontinuierlich um 0,5 Prozent steigenden Gesamtenergieverbrauchs sprechen die Fakten für die Voraussage der Enquete-Kommission. Damit bestände unabhängig von der Nordsee-Windkraft ein weit höherer Bedarf an neuen Kraftwerken als vom UBA mit etwa 70 Werken angegeben. Das bedeutet im Klartext: Versorgungslücke. Und die Politik schweigt!

Und nun der Eklat um die 800 000 Euro teure dena-Netzstudie, ein Donnerschlag, der eigentlich schon im Juni 2004 stattgefunden haben müsste, als das ursprüngliche Zieljahr 2020 ausgeklammert wurde. Die Verfasser der Studie über die „Energiewirtschaftliche Planung für



Foto: BVEA/Toby Britton

die Netzintegration von Windenergie in Deutschland an Land und Offshore zum Jahre 2020“ haben ihren Auftrag auf den Zeitraum bis 2015 verkürzt. Der entscheidende „2020-Zeitpunkt“ für den Endausbau der Nordseewindkraft mit einem dann 20-prozentigen Anteil an der nationalen Gesamtenergieproduktion und mehreren tausend Trassenkilometern an Land ist damit von den Gutachtern (weil politisch zu brisant?) unter den Tisch gefegt worden. Und so bleibt es bei der naheliegenden Annahme, dass ab 2020 bis zu acht Hochspannungstrassen mit 60 Metern Höhe und zwei bis drei Masten pro Kilometer von der Nordsee aus ihren Weg in die Wirtschaftszentren der Republik suchen werden. Wer das für durchsetzbar hält, muss von einem anderen Stern kommen.

Zwar könnte diesem Szenario durch Verwendung von Erdkabeln der Schrecken und damit die öffentlich wirksame Brisanz genommen werden. Aber die Tatsache, dass wir planmäßig in eine Energielücke steuern, weil die erforderlichen konventionellen Kraftwerkneubauten fehlen und die Nordseewindkraft ausbleibt, weil nicht realisierbar oder weil sie wegen der fehlenden Trassen ihr Ziel nicht erreichen kann, trifft unsere gesamte Wirtschaft, trifft den Wirtschaftsstandort Deutschland. Denn Stromausfälle (ver-)treiben die Produktion an sichere Standorte.

Technische Fragen ungeklärt

Angesicht der Tatsache, dass bereits die im Zeithorizont massiv abgespeckte Studie offen legt, dass das Stromnetz schon im ersten Realisierungsschritt bis 2015 auf den Ausbau der Windenergie noch nicht vorbereitet ist, erscheinen weitere technische Probleme eher als nachgeordnet, aber keineswegs als weniger brisant. Denn die Frage, ob Großwindanlagen auf offener See den Unbilden und Launen des rauen und unberechenbaren Meeres tatsächlich gewachsen sind, ist noch keineswegs geklärt. Bei einem ersten Härtestest auf hoher (Nord-) See im Sommer 2002 weit vor der dänischen Küste, im derzeit weltweit größten Offshore-Windplatz (Horns Rev), waren innerhalb von zwölf Monaten alle 80 Windräder wieder in Reparatur; Salz und Sturm ließen die Berechnungen der Techniker innerhalb kürzester Betriebszeit zur Makulatur werden.

Es scheint ein extremer Unterschied zu sein, ob die Windräder in Sicht-



Foto: Archiv W&S

Die Windkraft auf hoher See erfordert auch Tausende von Kilometer Hochspannungstrassen

weite im nahen Küstengewässer oder auf hoher See, sozusagen hinter dem Horizont, stehen. Die Frage, ob hochseetaugliche Großwindräder für den Dauerbetrieb in der Nordsee in 15 Jahren tatsächlich ein wesentliches Standbein der deutschen Energieerzeugung sein können, ist daher auch technisch noch völlig offen.

Energiewende auf Kosten der Verbraucher

Ob sich unter den gegebenen Umständen, bei denen eigentlich alles ungeklärt ist, Investoren finden, die Milliarden-Investitionen in die Energieerzeugung auf hoher See vorfinanzieren, wird die nahe Zukunft zeigen. Zweifel sind mehr als angebracht. Kein Zweifel aber besteht, dass schlussendlich der Stromkunde über die Stromrechnung die Kosten der Energiewende zu tragen hat. Das ist nicht nur die vom Gesetzgeber festgelegte 0,5-Cent-EEG-Umlage, sondern es sind auch die in den allgemeinen Strompreis einfließenden Kosten für neue und verstärkte Stromtrassen sowie die Kosten der Schattkraftwerke, die bei Starkwind und Windstille anstelle der Windräder die Energie erzeugen.

Die schon heute bestehende Belastung des Endverbrauchers wird nachhaltig ansteigen, wenn

der verstärkte Ausbau der Windkraftenerzeugung auf See in der ersten Ausbaustufe greift. Denn Offshore-Anlagen, die bis 2010 errichtet werden, erhalten über zwölf Jahre den erhöhten Satz von 9,1 Cent je Kilowattstunde bei einem Börsenpreis von derzeit rund 3,5 Cent. Die Frage ist nur, wo die Schmerzgrenze für den Verbraucher und die Wirtschaft liegt, wenn zu erkennen ist, dass der finanziell steigende Beitrag zur Energiewende in den Wind geschrieben ist? Das könnten dann für die Politik stürmische Zeiten werden.

Fazit aus dem dena – Eklat: „Langsam lichtet sich der Nebel und Dunkelheit kommt zum Vorschein.“ ■

ANZEIGE

LebensMittel Wasser

Wasser schenkt Lebensqualität

Früher brauchten Kinder und Mütter täglich viele Stunden, um Wasser zu holen. Seit das Dorf in Ruanda eine Pumpe hat, können die Frauen ihre Kraft zum Wohle der Familie einsetzen. Und die Kinder können nun in die Schule gehen. Welch ein Gewinn!

„Brot für die Welt“ und viele der Partner im Süden setzen sich dafür ein, dass Wasser als Lebensmittel Nummer Eins für alle Menschen zugänglich wird. Helfen Sie bitte mit.



Aufgeführtes Informationsmaterial zum Thema
Lebensmittel Wasser:
www.brot-fuer-die-welt.de